



WIR BRAUCHEN HANDLUNGSSICHERHEIT

Instacops – Fluch und Segen

Sophie steigt aus dem Funkwagen. Vor ihr steht ein Kerl, der gerade mit 70 durch eine 30er-Zone gebrettert ist, zwei Leuten die Vorfahrt genommen und seinen AMG gerade sanft vor einer Feuerwehrezufahrt abgestellt hat. Sie gibt sich zu erkennen und fordert Führerschein und Fahrzeugpapiere. Er bäumt sich vor ihr auf und sagt „Schätzchen, Du kannst von mir alles haben, wenn Du beim nächsten Bild auf Insta einen roten Bikini am Strand anziehst.“



Norman Back
Landesjugendvorsitzender

Foto: CandyPottPictures

Beweggründe und Realität

Es mag eine vollkommen theoretische Situation sein, völlig irrational ist sie längst nicht mehr. Neben den 366 offiziellen Accounts der einzelnen Polizeien der Länder und des Bundes sprießen täglich neue privat betriebene Accounts meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Boden. Sie sagen, sie sind stolz auf ihren Beruf, wollen das nach außen präsentieren, Polizeiarbeit transparent machen und junge Menschen motivieren, einen ähnlichen Weg einzuschlagen. Ich möchte diese Beweggründe überhaupt nicht infrage stellen und glaube, dass insbesondere Kolleginnen mit gigantischer Reichweite durchaus Nachwuchskräfte für unsere Berliner Polizei werben. Aber ich sehe eben auch problematische Posts. Ob es das Bikini-Foto am Strand, Polizisten mit offenem Diensthemd beim Spiegelselbie oder die Party-Bilder vom Wochenende sind. Daneben sehe ich Fotos aus den Dienststellen und mit eingeschaltetem Blaulicht. Man hört in ihren Stories, dass sie eine stressige Nachtschicht hatten, Kollegen über sie

lästern oder sie zweifeln, ob Polizei wirklich das Richtige für sie ist. Ganz objektiv stellt sich mir da die Frage, ob das mit den Beweggründen vereinbar ist.

Angreifbar und schnell im öffentlichen Fokus

Natürlich bin auch ich im Social Media aktiv. Bei keinem Profil aber zeige ich mich mit polizeilichem Bezug, um mich selbst nicht angreifbar zu machen und zu schützen. Insbesondere Aufnahmen von Führungs- und Einsatzmitteln können schnell problematisch werden. Gleiches gilt für Fotos auf Dienststellen. Wir müssen uns auch dessen bewusst sein, dass wir uns damit nicht nur intern angreifbar machen, sondern vor allem auch extern. Polizeiaccounts ziehen traditionell Follower an. Das Verbrechen weckt ebenso Interesse wie Uniform. Wenn ich irgendwann eine Reichweite habe, die über meine privaten und beruflichen Kontakte hinausgeht, kann ich nicht mehr kontrollieren, wer mitliest. Unter diesen Fol-

lowern können dann auch Straftäter stecken, vor allem aber auch Medienvertreter, die unsere Posts ausgraben, wenn unsere Maßnahmen in ihren und den öffentlichen Fokus geraten. Das Beispiel Sophie ist oft gefallen. Was aber ist, wenn ich eine Story über mein Boxtraining poste und am nächsten Tag bei einer Festnahme am Kotti körperliche Gewalt einsetzen muss? Was ist, wenn ich mich beim Zocken von Ego-Shootern poste und am nächsten Tag einen Schusswaffengebrauch habe? Wollen wir als die, die gern schlagen und zur Waffe greifen, auf der BILD-Titelseite landen? Ein anderer Aspekt hat sich durch meine Funktion als Landesjugendvorsitzender der GdP leider erledigt, aber für viele meiner Kolleginnen und Kollegen sollte er dennoch eine Rolle spielen. Ist eine Social-Media-Präsenz mit Polizeibezug es wert, dass ich mir bestimmte Türen für die spätere Verwendung für immer verschließe?

Polizeistudis entwickeln Leitlinien

Wir haben heute unzählige Polizeiazubis und -studis, die sich, kaum in der Behörde angekommen, bereits medial präsentieren. Seit einigen Jahren pilgert das Team Social Media zu den neuen Anwärterinnen und Anwärter an die PA, um zum Thema zu sensibilisieren. Es scheint leider nur kaum Wirkung zu entfalten. An der HWR war es, bis auf einen Infotag zu Beginn, überhaupt nicht Thema. Nun habe ich mich dieses Semester gemeinsam mit 13 anderen Studierenden des gehobenen Dienstes im Vertiefungsseminar Instacops, Influencer, Likes – Chancen und Risiken durch Polizist*innen im Social Media erstmalig intensiv mit der Problematik beschäftigt. Wir haben über Berlins Landesgrenzen hinausgeschaut, uns mit Regelungen in Niedersachsen, Baden-Württemberg oder bei der Bundeswehr beschäftigt, mit dem Team Social Media, dem Pressesprecher der Berliner Polizei, Politiker Tom Schreiber, Journalist Axel Lier und Instacops unterhalten. Auf dieser Basis haben wir nicht nur unseren Horizont erweitert und den Blick auf Chancen und Gefahren geweitet, sondern auch Leitlinien erarbeitet, die wir als GdP veröffentlichen werden. Nicht um Instacops an die Leine zu nehmen, sondern im Rahmen der Fürsorge gemeinsame Regularien zu entwickeln und so behördliche Interessen und individuelle Social-Media-Aktivitäten in Einklang zu bringen. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wenn Ihr Euch diese Ausgabe zu Gemüte führt, ist das politische Geschäft wieder voll ins Rollen gekommen. Vor uns liegt ein Herbst, in welchem mindestens drei Gesetzesvorhaben mit Bezug zu Euren Arbeitsbereichen im parlamentarischen Raum behandelt und finalisiert werden. Wir haben den Verantwortlichen

unsere Anregungen dazu bereits übermittelt und auch im Gespräch mit unserem Interviewpartner nochmal für unsere Ideen geworben. Dass wir ohnehin nicht nur verwalten, sondern vorausschauen, beweist unser Landesjugendvorsitzender, der im Leitartikel unseres Landesjournals mal ein Thema diskutiert, dem wir uns als GdP seit Längerem widmen.

Viel Spaß beim Lesen! Benjamin Jendro, Landesredakteur

GdP im Gespräch beim Innensenator

Ende Juli pilgerten unser Landeschef Norbert Cioma, Landesvize Stephan Kelm sowie unser Landesjugendvorsitzender Norman Back auf Einladung des Innensensors in die Klosterstraße. Im Gespräch wurde sich über zahlreiche Themen ausgetauscht. So diskutierten wir über das geplante und Anfang August vorgestellte Programm gegen extremistische Tendenzen in Berlins Verwaltung, die Problematik rund um die Parkraumbewirtschaftung und die geplante Einführung der Bodycams zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen. Des Weiteren erkundigten wir uns zum aktuellen Stand der Novellierung der Laufbahnverordnung, bei der Norman Back nochmals auf die bisherige Ungleichbehandlung der Aufsteiger zum gehobenen

Dienst verwies. Andreas Geisel zeigte sich zudem offen gegenüber unserem Vorschlag, eine Möglichkeit zur Gewährung von Leis-

tungsprämien für Studis und Azubis, die unsere Junge Gruppe tatkräftig vorantreiben möchte. ■



Foto: GdP Berlin

Erster Politik-Stammtisch der GdP Berlin

Wir laden ein, Du darfst reden und setzt die Themen

Wann:

Di., 22. September
ab 19 Uhr

Wo:

Pirates Berlin

(Mühlenstraße 78-80 / 10243 Berlin)



Sebastian Schlüsselburg
(Die LINKE)

Bettina Jarrasch
(Bündnis 90/ Die Grünen)

Christian Goiny
(CDU)

Anmeldung aufgrund begrenzter Teilnehmeranzahl

erforderlich: jendro@gdp-berlin.de

(Veranstaltung nur für GdP-Mitglieder; Softdrinks, Kaffee und Tee inklusive)



**Gewerkschaft
der Polizei**
Berlin



Bild: GdP Berlin



INTERVIEW DES MONATS

Im Gespräch mit Frank Zimmermann (SPD)

Mittlerweile sitzt Frank Zimmermann seit 19 Jahren im Abgeordnetenhaus der Hauptstadt, ist in dieser Legislaturperiode als innenpolitischer Sprecher der SPD zudem das parlamentarische Rückgrat des Innensenators. Im Gespräch mit der DP erzählt er, was innenpolitisch bis 2021 noch so zu erwarten ist, warum er den Mittelweg zwischen staatlichem Eingriff und Erhalt von Individualität neu ausloten will und das, was Rot-Rot-Grün in Sachen Innere Sicherheit nicht geschafft hat.



Foto: SPD/Berlin

Benjamin Jendro

DP: Lieber Herr Zimmermann, wann sind Sie das letzte Mal in eine Verkehrskontrolle geraten?

Z: Das ist sehr lange her, in den 90er-Jahren, wenn ich mich richtig erinnere. Ich hatte außerhalb meiner politischen Tätigkeit bis auf einen Bußgeldbescheid lange keinen Kontakt mit der Polizei.

DP: Spricht das dafür, dass wir zu wenig Polizei in der Stadt haben?

Z: Ja. Wir müssen feststellen, dass wir auch bei der Verkehrsüberwachung Nachholbedarf haben. Wir haben mehr Stellen beschossen, aber es braucht weiteren Personalzuwachs in den kommenden Jahren.

DP: Wie sehen Sie die Berliner Polizei? Wir führen ja gerade zahlreiche Debatten in unserem Land ...

Z: Ich sehe sie als Bürgerpolizei, die Spiegelbild der Gesellschaft ist, aber gleichzeitig eine

wichtige Vorbildfunktion innehat. Wir leben in einem Ballungsraum mit großem Konfliktpotenzial. Diese anspruchsvolle Aufgabe bewältigt die Berliner Polizei hervorragend. Dazu gehört auch, dass sie Probleme, die in einem so großen Personalkörper natürlicherweise bestehen, selbst analysiert und behebt. Das gelingt nach meiner Einschätzung, wir können uns im Vergleich mit anderen definitiv sehen lassen.

DP: Nichtsdestotrotz hören auch Sie die aktuellen Stimmen. Als Innenpolitiker entscheiden Sie über das Handwerkszeug, die Ermächtigungsgrundlagen für die Polizei. Muss da vielleicht irgendwo nachjustiert werden?

Z: Da sind wir bei einem zentralen Thema, das uns in Zukunft beschäftigen wird – die Frage nach der Definition von Sicherheitspolitik. Wir haben Tendenzen in unserer Gesellschaft, die mich mit großer Sorge erfüllen. Es gibt zunehmende Gewaltbereitschaft, erhöhte Aggressionen, Enthemmungen, brutalisiertes Verhalten. Die Polizei ist mit gesellschaftlichen Fehlent-

wicklungen und Defiziten konfrontiert, die sie allein nicht beheben kann. Es gibt eine wachsende Selbstbezogenheit, eine „Feier des Ich“ bis hin zur rücksichtslosen Durchsetzung eigener Interessen gegen andere. Zweitens erzeugt die gesellschaftliche Spaltung zunehmend unterschiedliche Lebenswelten. Folgen: Die Identifikation mit dem Gemeinwesen nimmt ab. Statusunterschiede senken die Hemmungen. Und drittens: Latente und schleichende Risiken wie Klimawandel, Terror oder die Anfälligkeit kritischer Infrastrukturen bedrohen den Staat und die Integrität des Einzelnen gleichermaßen.

Deshalb glaube ich, dass wir mit dem alten Ansatz der Sicherheitsdefinition – was soll der Staat dürfen, was sollen die Bürger gegenüber dem Staat abwehren können – allein nicht mehr auskommen. Wir müssen den Blick weiten. Die individuellen Rechte und der demokratische Verfassungsstaat sind gleichermaßen von der fragmentierten Gesellschaft und ihren Gewalttendenzen betroffen. Das sehen wir bei der Gewalt gegen Einsatzkräfte und den Auseinandersetzungen untereinander.

„Ich glaube, dass wir in 15 Jahren bundesweit soweit sind, dass wir Cannabis legalisieren. Ohne eine gesellschaftliche Debatte aber wird das nicht funktionieren und ich glaube, dass die Gesellschaft noch nicht so weit ist, leichte Drogen zu legalisieren, um damit der Kriminalität den Nährboden zu entziehen. Eine derartige Regelung für harte Drogen wie Kokain, Crystal oder Heroin schließe ich aus, das werden wir auf keinen Fall machen.“



Foto: GdP Berlin

sagen haben. Ich glaube, dass die Polizei da im Ergebnis deutlich darunter liegen wird.

DP: Sollte in einer Studie vielleicht herauskommen, dass Racial Profiling durch jeweilige Polizeigesetze begünstigt wird, müsste der Gesetzgeber nachrücken, womöglich mal die 17 einzelnen Gesetze harmonisieren ...

Z: Da sind wir absolut dafür. Wir würden gern bei den Eingriffsbefugnissen einen Gleichklang herstellen, nicht nur beim Thema Terrorismus. Dass wir das so schnell hinbekommen, glaube ich allerdings nicht. Es gibt seit Jahrzehnten Bestrebungen und Entwürfe zu einer Harmonisierung. Das ist bisher aufgrund der unterschiedlichen politischen Konstellationen nicht gelungen. Mal abgesehen davon wollen wir in Berlin das ASOG novellieren. Im Entwurf wurde deshalb der Tatbestand der ausländerrechtlichen Verstöße als kbO-Parameter entfernt. Er wird von vielen als Eingangstor für Racial Profiling gesehen. Ich persönlich sehe das nicht so, aber wir haben die Rückmeldung aus der Polizei, dass man mit der Streichung leben kann und die anderen Tatbestände ausreichen. Damit endet dann hoffentlich eine uralte Diskussion, bei der auch viel Irrationalität mitfließt. Es ist nicht allen klar, dass es eben keine Diskriminierung ist, wenn die Polizei einen Schwarzen in der Hasenheide kontrolliert, weil die Erfahrungswerte klar zeigen, dass dort vor allem nordafrikanische Menschen dealen. Es ist kein Racial Profiling, auch wenn ich dann die zehn Weißen nicht kontrolliere.

Wir müssen uns fragen, wie wir das mit Repression, aber auch Prävention in den Griff bekommen. Ich habe keine fertige Antwort, aber genau das ist unsere Aufgabe.

DP: Die Corona-Krise hat jetzt aber durchaus gezeigt, dass sich die meisten Menschen in der Stadt an Regeln halten, auch wenn sich ihnen der Sinn nicht ganz erschließt. Sie sprechen von zunehmendem Gewalt. Wo liegt da die Lösung, mehr staatliches Eingreifen oder mehr Individualität?

Z: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir eine stärkere Präsenz des Staates in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen brauchen. Das betrifft die Polizei, aber auch die Ordnungsbehörden und die Daseinsvorsorge. Die Präsenz des Staates wird deshalb zunehmend bedeutsamer, weil die Leute in einer komplizierten krisenhaften Entwicklung wie gerade staatliche Vorsorge und Hilfe erwarten. Corona ist eine sehr schöne Erfahrung, was die veränderte Betrachtung des Staates angeht. Das ist eine Chance, die wir gestalterisch nutzen müssen.

DP: Wie stehen Sie zum Vorwurf Ihrer Bundesvorsitzenden, die innerhalb der Sicherheitsbehörden einen latenten Rassismus ausgemacht hat? Brauchen wir jetzt eine Studie dazu?

Z: Ich kann dem nicht zustimmen. Es gibt sicherlich auch in Berlin Fälle, vermutlich mehr, als dass man sie an einer Hand abzählen kann. Grundsätzlich aber handelt die Berliner Polizei auf dem Boden des Grundgesetzes. Dementsprechend gibt es für einen derartigen Pauschalvorwurf keinen Anlass. So eine Äußerung verursacht auch eine Abwehralaltung, weshalb ich sehr für Differenzierung plädiere. Genau deshalb kann es durchaus sinnvoll sein, dass man nochmal von extern draufschauen lässt, auch um die Polizei zu entlasten. Ob es rational gesehen notwendig ist, spielt keine Rolle mehr, wenn der öffentliche Druck immer größer wird. Entscheidend ist aber, wie man die Studie gestaltet.

DP: Hätten Sie denn einen Vorschlag, wie so eine Studie aussehen könnte?

Z: Es kommt sehr auf die Fragestellung an. Nicht jede Islamkritik ist gleich Rassismus, nicht jede Frage zum Aufenthaltsrecht, nicht jedes Vorurteil. Man muss sehr darauf achten, wie die Fragen formuliert sind. Es darf auch keine Suggestion sein. Wenn die Studie wissenschaftlich sauber angelegt ist und seriös ausgewertet wird, kann es sein, dass wir signifikante Aussagen gewinnen und das einen Nutzen hat. Es gibt viele Studien zum Rechtsextremismus und Rassismus in der Bevölkerung. Die zeigen, dass wir bei 20 bis 25 % der Menschen Zustimmung zu rassistischen Aus-

DP: Jetzt sagt Bundesinnenminister Seehofer, er möchte eine solche Studie nicht, aber eine über Gewalt gegen Einsatzkräfte. Wie sehen Sie das?

Z: Es ist bedauerlich, dass sich Herr Seehofer von dem eigentlichen Konsens der Innenministerkonferenz verabschiedet hat. Aber der Ansatz, eine Studie über die aktuell ausufernde Gewalt zu machen, nicht nur gegen Einsatzkräfte, sondern generell bei Jugendgruppen und aus der Partyszene, finde ich richtig. Wir haben alte Studien, gerade zur Jugendgruppengewalt. Aber die aktuelle Entwicklung, dass solche Gewaltausbrüche ansatzlos, ohne vorherige Absprachen und anscheinend ohne politischen Hintergrund aus Ansammlungen passieren, gehört untersucht. Aus meiner Sicht



Frank Zimmermann
Innenpolitischer Sprecher SPD



wissen wir über diese aktuellen Entwicklungen zu wenig. Wenn wir die eine Studie machen, sollten wir die andere auch machen.

DP: Wer bestimmt in der Koalition, in welche Richtung es beim Thema Innere Sicherheit geht?

Z: Im Zweifel entscheidet der Koalitionsausschuss. Natürlich nehmen wir es als SPD für uns in Anspruch, dass wir durch die Leitung des Ressorts das entscheiden, was innerhalb des Ressorts entschieden werden kann und nicht von grundsätzlicher Bedeutung ist. Gleichzeitig müssen die Grundfragen innerhalb der Koalition abgeklärt sein. Wir müssen selbstverständlich immer schauen, dass wir einen Konsens auf Augenhöhe finden. Das ist bei den Themen Personalaufwuchs, bessere Ausstattung und Besoldungsanstieg auch von Anfang an gelungen. Andere Sachen, wie zum Beispiel beim ASOG, erforderten eine längere Debatte, das war zugegebenermaßen etwas schwierig.

DP: Jetzt hat es gut drei Jahre gedauert, ehe Rot-Rot-Grün den Entwurf zum neuen ASOG vorgelegt hat. Was waren die Streitpunkte?

Z: Es hat solange gedauert, weil wir ein ganzes Paket auf den Weg bringen mussten. Wir novellieren nicht nur das ASOG, sondern schaffen ein Versammlungsfreiheitsgesetz, einen Bürger- und Polizeibeauftragten, ein Abstimmungsgesetz. Alles hängt irgendwie miteinander zusammen. Deshalb konnten wir nicht ein Gesetz gesondert einbringen, sondern mussten für alles einen Konsens finden. Das sind einige Knoten entstanden, die wir erst wieder lösen mussten. Neben diesem Punkt war die Debatte um Eingriffsbefugnisse auch etwas diffiziler. Ich denke, wir werden das im Herbst verabschieden können, schaffen neue Möglichkeiten bei der TKÜ, die Bodycams und eigene Rechts-

grundlagen für Präventivmaßnahmen. Klar ist, dass wir uns nicht mit allem durchsetzen konnten.

DP: Schauen wir mal ein wenig auf das Gesamte! Mit Blick auf die Innere Sicherheit, in einem Jahr wird gewählt, Ihr bisheriges Fazit?

Z: Nach den Konsolidierungsjahren ist die Trendumkehr gelungen. Wir bauen die Sicherheitsbehörden systematisch aus, Polizei, Feuerwehr und Justiz werden personell gestärkt und stehen am Ende der Legislaturperiode besser da als vorher. An den Kriminalitätsschwerpunkten der Stadt haben wir eine erhöhte Polizeipräsenz organisiert, die Themen Clankriminalität und Raserei wurden in den Fokus gerückt. Zum Fazit gehört aber auch, dass uns die aktuellen Entwicklungen z. B. bei der Jugendgewalt Sorge bereiten. Wir müssen Antworten suchen, um darauf zu reagieren. Das kann nicht allein Aufgabe der Polizei sein.

DP: Gibt es irgendwas, bei dem Sie 2016 gesagt haben, das wollen wir unbedingt schaffen, das aber noch nicht erreicht wurde?

Z: Wir müssen selbstkritisch anmerken, dass wir keine Lösung für die Rigaer Straße gefunden haben. Das ist ein fortwährendes Problem, das wir der Öffentlichkeit und vor allem der Polizei nicht weiter zumuten können. Es gibt Ansatzpunkte, aber wir haben das Problem nicht gelöst. Auch beim Drogenproblem müssen wir die Anstrengungen verstetigen, weil wir hier kaum nachhaltige Verbesserungen erzielen konnten.

DP: Skizzieren Sie uns mal das Bild, das Sie sich von der Polizei, der Feuerwehr und dem LABO im Jahr 2025 vorstellen?

Z: Es sollten technisch top ausgestattete Verwaltungen mit personell ausreichenden Ka-

pazitäten sein, sodass engagierte und motivierte Mitarbeitende in einem politischen Klima der absoluten Wertschätzung für die Leistungen des öffentlichen Dienstes ihrer Arbeit nachgehen können. Es braucht noch mehr Anerkennung als jetzt, denn der öffentliche Dienst wird an Bedeutung für diese Stadt gewinnen. Das bedeutet, dass all das, was bereits in der letzten Wahlperiode eingeleitet und in der jetzigen verstetigt wurde, bis 2025 fortgesetzt werden muss. Innere Sicherheit muss ein zentraler Schwerpunkt bei zukünftigen Haushaltsbeschlüssen darstellen.

DP: Sie sprechen von ausreichenden Personalkapazitäten, wie viele Polizisten braucht denn die Hauptstadt?

Z: Das würden wir gern genauer mit der GdP besprechen. Aber wir brauchen in jedem Fall mehr und müssen den Aufwuchs fortsetzen.

DP: Wie sieht denn Ihre ganz persönliche Zukunft aus?

Z: Offen. Aber für die nächste Wahlperiode werde nicht mehr für das Abgeordnetenhaus kandidieren. Nach 20 Jahren kann ich jetzt durchaus mal das Feld für jüngere Kollegen räumen.

DP: Interessanter Schritt. Dann anders gefragt, was möchte Frank Zimmermann im letzten Jahr im Abgeordnetenhaus noch erreichen?

Z: Ich möchte, dass wir die angesprochenen Gesetze noch in der Legislaturperiode über die Bühne bringen. Dazu kommen auch noch das Katastrophenschutzgesetz und das Veranstaltungssicherheitsgesetz, ein Gesetz zum Lobbyregister und das Transparenzgesetz. Das ist noch mal eine schöne Palette. ■

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



„Wir sind der Prellbock auf der Straße – für bestimmte Probleme findet die Politik keine Lösung, wir werden in den Einsatz geschickt und dafür mit Beleidigungen, Häme, ungerechtfertigter Kritik und Gewalt überzogen (Landesvize Stephan Kelm nach 30 verletzten Kollegen bei Syndikat-Demo via B.Z.).“



Geburtstage

80. Geburtstag

Margarete Volz Dir 3
Bernd Waldzus Dir 6
Christa Grünheid Dir E/V
Winfried Spatzker Dir E/V
Rolf Woock Dir E/V
Baerbel Futter PA/PP
Ute Schwoch LABO

85. Geburtstag

Margot Obereder Rudolph Dir 1
Manfred Strauss Dir 1
Heinz Werner Schmidt Dir 2
Joachim Loth Dir 4
Hans Dankowski Dir 5
Erwin Gohlisch Dir 5
Werner Schirrmeister Dir 6
Günter Wurzler Dir E/V

86. Geburtstag

Anneliese Lüdtke LABO
Erich Stolzenburg Dir 1
Alfred Guelle Dir 3
Guenter Riedel Dir 4
Rudolf Siebler Dir 4
Wolfgang Zuchowsky Dir 4
Jutta Hansen PA/PP
Horst Reimann PA/PP
Ursula Klix LABO

87. Geburtstag

Gerda Kranepuhl Dir E/V
Günter Krause Dir E/V
Wilfried Meisel PA/PP

88. Geburtstag

Hildegard Rosenberger Dir 1
Hans Bähr Dir 2

89. Geburtstag

Inge Engel Dir 2
Werner Grün Dir 2
Gerda Naujoks Dir 5
Paul Höhne Dir E/V
Martin Hoffmann LKA

90. Geburtstag

Günter Portmann Dir 2
Guenter Nölte Dir 3
Ingrid Block LABO

91. Geburtstag

Ursula Lange Dir 1
Renate Perschke Dir 1
Wolfgang Schmidt Dir 4
Siegbert Aron PA/PP
Helga Gaffke PA/PP
Inge Voigt PA/PP

92. Geburtstag

Hubert Cichy Dir 3
Werner Iszdons Dir 5
Guenter Becker PA/PP

94. Geburtstag

Helmut Götzner Dir 2

96. Geburtstag

Gunhilde Hoffmann Dir 2

97. Geburtstag

Horst Pinschke Dir 1
Kurt Peters Dir 4

98. Geburtstag

Maria Schmidtke LKA

100. Geburtstag

Hans Deutschmann Dir 1

Jubiläen

25 Jahre

Bernd Buth
Christian Heck
Jacqueline Heinzig
Markus Hoffmann
Christian Günther Jakob
Heike Mischorr
Thomas Sopart
Christiane Steuer

40 Jahre

Dietmar Appel
Klaus Mattern
Birgit Meyer
Hendrigk Meyer
Bettina Rüdlich
Heino Schrader
Carsten Schulze
Michael Schäfer
Jutta Schütz

50 Jahre

Reinhard Grüttke
Wolf Seidel
Karsten Trost

60 Jahre

Ilse Behrendt
Margit Sünkler

Nachrufe

Wir trauern um unsere Mitglieder

Dieter Richter, 80 Jahre, Dir 3

Horst Prawitz, 88 Jahre, Dir 5

Horst Dettmann, 86 Jahre, Dir E

Günter Zabel, 73 Jahre, LKA

Norbert Schmidt, 63 Jahre, LABO

Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Ihren Alltag bestimmt die Sorge für Recht und Ordnung. Wir sorgen dafür, dass Sie sich nicht auch noch um Ihre Beihilfe- und Krankenkostenabrechnungen kümmern müssen. Unser **Komplett-Service** entlastet Sie sofort und sichert Ihre Ansprüche! Vertrauen Sie auf unsere Kompetenz und mehr als 35 Jahre Erfahrung als Beihilfeberater und zugelassener Rechtsdienstleister.

Für Sie im Einsatz, damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt: **030 / 27 00 00**

Informieren Sie sich!

www.medirenta.de





Habt Ihr Anmerkungen zur aktuellen Ausgabe?
Schreibt uns eine Mail an meinung@gdp-berlin.de!
Redaktionsschluss für unsere September-Ausgabe,
auch für Veranstaltungen, ist der 5. September 2020.



Veranstaltungen

Bezirksgruppen

Dir 5

Wann: Dienstag, 8. September, 16 Uhr.
Wo: Im Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Dir 6

Wann: Donnerstag, 24. September, 16 Uhr.
Wo: Kantine der Direktion 6, Poelchaustraße/Märkische Allee, 12681 Berlin.

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Montag, 14. September, ab 13 Uhr.
Wo: MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.
Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

Dir 2

Leider bleibt der Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin, im September auch für unsere Seniorengruppe geschlossen. Ein eventuelles Treffen wird

telefonisch bzw. per E-Mail kurzfristig bekannt gegeben.

Ehem. Dir 3 – LPD/PPr/ZS i.A.

Wann: Dienstag, 1. September, 16 Uhr.
Wo: FRABEA, Afrikanische Straße 90/Ota-wistraße, 13351 Berlin-Wedding.
Kontakt: Alberto Fourneaux, Tel.: (030) 4651559 oder alberto@fourneaux.de.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 9. September, 16 Uhr.
Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.
Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520.

PA

Wann: Dienstag, 29. September, 15 Uhr.
Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Wann: Dienstag, 1. September, 15 Uhr.
Wo: GASTHAUS KOCH, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12103 Berlin.

Info: Versammlung – Die Vorschriften der Corona-Verordnung (Masken- und Abstandsspflicht) sind zu beachten!

Wann: Dienstag, 15. September, 11 Uhr.
Wo: Treffpunkt vor dem S-Bahnhof Tiergarten, 10555 Berlin.

Info: Kulturtreffen – Spaziergang durch den Tiergarten – Die Vorschriften der Corona-Verordnung (Masken- und Abstandsspflicht) sind zu beachten! Anmeldung erforderlich!

Kontakt: Jürgen Heumann, Tel.: (030) 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

LABO

Wann: Mittwoch, 9. September, 15 Uhr.
Wo: Piazza Papa Pane bei Yasmin, Wilhelmstraße 15–17, 10963 Berlin.

Landesfrauengruppe

Wann: Dienstag, 29. September, 16–18 Uhr.
Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

ERDNÜSSE, CHIPS UND ENERGY-DRINKS FÜR KOLLEGEN

Danke an die Unterstützer

In den letzten Monaten haben einige Firmen ihre Wertschätzung für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in Form von groß angelegten Benefit-Lieferungen zum Ausdruck gebracht. So spendierte die Firma update events satte 26.000 Tütchen ültje Erdnüsse für die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr. Von der Firma hempfprigge GmbH gab es 15.000 Packungen funny-frisch-Chips, die ebenso an unsere Mitglieder verteilt wurden. Für die in den Sommermonaten dringend benötigte Flüssigkeit sorgte zuletzt Getränke Hoffmann, die uns 1.500 Dosen des zuckerfreien, koffeinhaltigen Citrus-Erfrischungsgetränk Guampa zur Verfügung stellten. Danke an alle drei Unterstützer, die Kolleginnen und Kollegen haben es verdient. ■



Fotos: GdP Berlin



Hier findest Du uns
im Social Media



@gdpberlin



gdp_berlin



@GdPHauptstadt

Bezirksgruppe LPD/PPr/Dir ZS hat sich konstituiert

Carsten Prenzel

Bezirksgruppenvorsitzender

Die Strukturreform in unserer Polizei schreitet weiter voran und natürlich hat sie auch Auswirkungen auf die Struktur unserer GdP. So wurde Ende Juli in den

Räumen der Geschäftsstelle der Grundstein für eine gemeinsame Zukunft unserer neuen Bezirksgruppe LPD/PPr/Dir ZS gelegt. Ergänzt durch Alberto Fourneaux, den Vorsitzenden der ehemaligen Dir-3-Seniorengruppe, machten wir uns umgehend an die Arbeit, um den inneren Betrieb und die Abläufe in dieser BezGr zu regeln. Zu die-

sem Zweck beschlossen wir im Rahmen einer Sitzung unseres neuen Vorstandes unter anderem einen zweimonatigen Zyklus für die Mitgliederversammlungen. Wir freuen uns auf die neuen Aufgaben, die vom Zusammenwachsen einerseits und vom Vorbereiten des Wahlkampfes für GPR und HPR in den drei verschiedenen Dienstbereichen LPD, PPr und Dir ZS andererseits, geprägt sein werden. ■

Bezirksgruppenvorsitzender

Carsten Prenzel PR LPD

1. Stellvertretender Vorsitzender

Heino Engelhardt, LPD ELZ

2. Stellvertretender Vorsitzende

Karin Schmidt, PR PPr

3. Stellvertretender Vorsitzender

Burkhard Opitz, PR Dir ZS

4. Stellvertretende Vorsitzende

Doris Richter, FV PPr

Beisitzer/-in

Bernhard Marek, Pensionär (LPD)

Ansgar Bürger, PR LPD

Yvonne Goersdorf, FV Dir ZS

Philipp Puppe, Dir ZS

Schriftführer

Berthold Franke, Dir ZS SE TL

Stellv. Schriftführer

Holger Fleischmann, PR Dir ZS

KassiererIn

Simone Fuchs, PR LPD

Stellv. Kassierer

Mark Heinrichs, Dir ZS II A 2

VOR- UND NACHTEILE

Für wen lohnt sich die Pauschale Beihilfe?

Thomas Woelke

Mit der rückwirkend zum 01.01.2020 eingeführten Pauschalen Beihilfe erhalten jetzt auch freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versicherte Beamt*innen eine finanzielle Beteiligung an den Krankenversicherungsbeiträgen durch den Dienst-

herrn. Mit der Umsetzung einer zentralen DGB-Forderung wird für ca. 20.000 Kolleg*innen ein finanzieller Nachteil ausgeglichen. Die Möglichkeit, sich weiterhin in einer privaten Krankenversicherung (PKV) mit der gewohnten Beihilfe zu versichern, bleibt hiervon unbe-

rührt. Beide Wege der Versicherung stehen den Kolleg*innen offen. Mit der Einführung der Pauschalen Beihilfe wird aber erstmals eine Wahlmöglichkeit eingeräumt. Die Entscheidung für eine Versicherung in der GKV oder eine Versicherung in der PKV muss jeder selbst treffen. Beide Systeme bieten Vor- und Nachteile. Wir haben uns bemüht, die Möglichkeiten der Beihilfemöglichkeiten gegenüberzustellen. Diese Vor- und Nachteile sind natürlich nicht abschließend und immer von den einzelnen individuellen Faktoren abhängig. ■

	Pauschale Beihilfe für freiwillig in der GKV Versicherte	Individuelle Beihilfe in der PKV	Pauschale Beihilfe im Basistarif der PKV
Vorteile	Beiträge sind altersunabhängig und Vorerkrankungen werden nicht berücksichtigt (Solidarprinzip)	niedrige Beiträge in der PKV durch die individuelle Beihilfe des Dienstherrn	
	Familienversicherungsmöglichkeit von Angehörigen (Ehegatte, Kind)	individuelle Anpassung der Versorgung durch Wahlmöglichkeit zwischen den Tarifen (Komforttarif)	
	Kosten müssen nicht selbst bezahlt bzw. vorverauslagt werden	zeitnahe Terminvergabe bei Arztterminen	
	Abrechnungen von Krankheitskosten gegenüber der Beihilfestelle entfallen		Abrechnungen von Krankheitskosten erfolgen gegenüber der PKV
Nachteile	höhere Versicherungskosten durch das Solidarprinzip	Beiträge sind altersabhängig und es kann zu Zuschlägen wegen Vorerkrankungen kommen	höhere Beiträge im Basistarif, keine individuelle Wahlmöglichkeit innerhalb der Tarife der PKV
	u. U. weniger Leistungen der GKV zum gewählten Tarif in der PKV und längere Wartezeiten auf Arzttermine	Abschluss eines Beihilfe-Ergänzungstarif geboten, um die Differenzen in der Kostenerstattung der Beihilfe und der PKV auszugleichen	u. U. geringere Erstattungen der für Ärzte vorgesehenen Vergütungssätze (nur 1,7- statt 2,3-fachen Satz)
		Kosten müssen zunächst selbst vorverauslagt und dann gegenüber der PKV und Beihilfestelle eigenständig abgerechnet werden	